

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 30. Juni 1955

330/J

Anfrage

der Abg. B ö h m, P r o k s c h, O l a h, F r e u n d, W i l h e l m i n e  
 M o i k und Genossen  
 an den Bundesminister für Inneres,  
 betreffend den weiteren Aufenthalt des kommunistischen Weltgewerkschafts-  
 bundes in Österreich.

-.-.-

Der kommunistische Weltgewerkschaftsbund, der die Zwangsorganisationen totalitärer Staaten umfaßt, hatte seit seiner Ausweisung aus Paris unter dem Schutz der sowjetischen Besatzungsmacht in Wien Quartier bezogen. Nicht nur die freie Gewerkschaftsbewegung Österreichs, sondern die der ganzen Welt mußte es sich gefallen lassen, von dieser Organisation beschimpft und herabgesetzt zu werden. Auch die Republik Österreich selbst, die der Tätigkeit wehrlos zusehen mußte, wurde von ihm verhöhnt.

Dieser Weltgewerkschaftsbund, der nun nach Abschluß des Staatsvertrages seine, Österreich aufgezwungene Exterritorialität verloren, hat bei den Österreichischen Sicherheitsbehörden gemäß den Vorschriften des Vereinsgesetzes um seine Zulassung angesucht. Es wäre ein Hohn, wenn nach mehrjährigem gesetzwidrigem Wirken dieser Organisation die Erlaubnis zu weiterer Tätigkeit in Österreich gegeben würde. Die freie Gewerkschaftsbewegung der Welt könnte es nicht verstehen, wenn diese Organisation der Unfreiheit, die unter dem Deckmantel der Gewerkschaftsbewegung Ausbeutung und Zwangsarbeit vertritt, von Wien aus ihre Tätigkeit gegen die Arbeiter und Angestellten fortsetzen könnte.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister in der Lage, jede weitere Tätigkeit des Weltgewerkschaftsbundes in Wien zu unterbinden?

-.-.-.-